

Programme der Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums bei den Europawahlen 2019

(25. April 2019)

dfi

Deutsch-
Französisches
Institut

Ausgangssituation: Nach ihrer Niederlage im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen im Mai 2017 hat Marine Le Pen ihre Partei programmatisch neu ausgerichtet und dabei die Forderung nach einem französischen Austritt aus dem Euro, die sie im Wahlkampf vertreten hatte, aufgegeben. Als Zeichen seiner Neuorientierung hat sich der Front National (FN) im Juni 2018 in Rassemblement National (RN) umbenannt. Spitzenkandidat des RN bei den Europawahlen ist der 23jährige Jordan Bardella, der als Nachfahre italienischer Einwanderer in einem sozialen Brennpunktviertel von Saint-Denis aufgewachsen ist.

Wegen seiner parteiinternen Entmachtung und der Aufgabe der von ihm vertretenen europäischen Ziele hat Le Pens langjähriger enger Berater Florian Philippot den FN im September 2017 verlassen und tritt bei den Europawahlen mit der von ihm gegründeten Partei Les Patriotes an. Als weiterer Konkurrent am rechten Rand bewirbt sich die Partei Debout la France (DLF) für den Einzug ins Europaparlament. Ihr Vorsitzender Nicolas Dupont-Aignan war im Falle einer Präsidentschaft Marine Le Pens als deren Premierminister vorgesehen, hat sich aber nach der Wahl 2017 auf Druck seiner Anhänger wieder vom RN distanziert.

Gemeinsamkeiten und Unterschiede: Der RN schlägt eine neue institutionelle Organisation der EU und deren Umwandlung in eine „Europäische Allianz der Nationen“ vor. Dabei soll der Rat der Europäischen Union die alleinige Richtlinienkompetenz erhalten, der EU-Kommission sollen wegen ihrer angeblich fehlenden demokratischen Legitimation parallel dazu jegliche Möglichkeiten für eigene Initiativen und Entscheidungskompetenzen entzogen werden, sie soll künftig als Generalsekretariat des Rats fungieren. Im Rahmen der Allianz sollen die EU-Mitgliedsstaaten ihre verlorene Souveränität wiedererlangen und als unabhängige Staaten frei von Vorgaben zusammenarbeiten. Urteile des Europäischen Gerichtshofs oder des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte sollen für nationale Gerichte nicht mehr bindend sein.

Ähnlich wie Les Républicains (LR) beruft sich der RN auf eine gemeinsame europäische Geschichte sowie zivilisatorische Werte, die allen Europäern gemeinsam seien. Sein Programm weist in diesem Zusammenhang aber auch darauf hin, dass Imperien, die nationale Gegebenheiten ignoriert hätten, immer gescheitert seien, weshalb die EU die Nationalstaaten nicht ersetzen dürfe. Anders als DLF und LR, die beide eine EU-Integration weiterer Balkanstaaten ablehnen, weist RN nur die Aufnahme der Türkei in die EU zurück und fordert zugleich, den „kalten Krieg“ mit Russland zu beenden und die bestehenden Embargos aufzuheben. Neben einem kooperativen Schutz der EU-Außengrenzen fordert die Partei innereuropäische Grenzkontrollen wieder einzuführen. Um Einwanderer abzuschrecken sollen nur die Staatsbürger eines Landes Sozialleistungen erhalten und das Anrecht auf Asyl stark eingeschränkt werden. Außerdem soll die legale Einwanderung gestoppt, Ausländer ohne Aufenthaltsgenehmigung sollen systematisch abgeschoben werden. Um der Bedrohung durch islamistischen Terrorismus entgegen zu treten, spricht sich RN für eine intensive innereuropäische Zusammenarbeit von Polizei und Justiz aus, islamistische Ausländer sollen ausgewiesen, Moscheen, in denen radikales Gedankengut vermittelt wird, geschlossen werden.

Um den Bedürfnissen der wirtschaftlich schwächeren Staaten innerhalb der Eurozone gerecht zu werden, müsse die Geldschöpfung den wirtschaftlichen Bedürfnissen angepasst und den einzelnen Staaten erlaubt werden, mehr Schulden bei ihren nationalen Zentralbanken aufzunehmen. Die europäische Zentralbank soll sich außerdem im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit engagieren. EU-Staaten sollen im Sinne eines „ökonomischen Patriotismus“ inländische Firmen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen bevorzugen dürfen. Die Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern soll ausgesetzt; Firmen, die darauf verzichten, Arbeit ins Ausland zu verlagern und dafür inländische Arbeitskräfte beschäftigen, sollen belohnt werden. Um gegen weite Transportwege und Billigimporte vorzugehen, fordert RN Freihandelsabkommen zu kündigen, Einfuhren von außerhalb der EU zu besteuern und im Gegenzug kurze, nachhaltige Wirtschaftskreisläufe innerhalb der EU steuerlich zu entlasten. Eine Harmonisierung der Sozialstandards innerhalb der EU wird im RN-Programm abgelehnt, da sie zu Lasten der Franzosen gehen würde. Eine Einführung von Steuern, die direkt der EU zukommen, wie sie Emmanuel Macron vorgeschlagen hat, wird zurückgewiesen und zugleich verlangt, die Steuern für die Franzosen und die französischen Zuwendungen an die EU zu senken. Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU soll aufgegeben werden, gemäß den Vorstellungen des RN soll Frankreich seine eigenen Bedürfnisse künftig über die inländische Produktion decken und französische Agrarprodukte mit eigenem Qualitätssiegel exportieren.

Das Programm von DLF unterscheidet sich nur in Details von dem des RN, Les Patriotes treten als einzige der drei Parteien für einen kompletten Rückzug Frankreichs aus der EU ein.

Aussichten: Bei den Europawahlen 2014 hat der RN einen Stimmenanteil von 25 % erreicht, was 24 Sitzen entsprach. DLF blieben mit 4 % unter der 5%-Hürde, Les Patriotes sind 2014 nicht angetreten. Laut einer am 24. April 2019 veröffentlichten Umfrage kommt der RN am 26. Mai auf 22,5 % der abgegebenen Stimmen, DLF auf 5 %, Les Patriotes auf 1 %.